

Die Geschichte des DVW e.V. von 1871 bis 1945

The History of DVW e.V. Association of Geodesy, Geoinformation and Land Management from 1871 to 1945

Hagen Graeff

Zusammenfassung

Im 150. Jahr seines Bestehens blickt dieser Beitrag auf die ersten 75 Jahre seit seiner Gründung zurück. Berufliche Entwicklungen, Ausbildungsfragen und soziale Aspekte prägen diese Zeit. Die Zeitschrift für Vermessungswesen bildet die konstante Plattform der Kommunikation über alle Jahre. Wissenschaft und Praxis ergänzen sich auf dieser Plattform gleichberechtigt. Die politischen Ereignisse mit der Gründung des Deutschen Kaiserreichs, mit dem Ersten Weltkrieg und der darauf folgenden Entstehung einer Demokratie sowie dem Deutschen Reich als Diktatur sind die prägenden Zeitabschnitte.

Schlüsselwörter: Geschichte des DVW, Aufgaben und Entwicklung, politische Einordnung

Summary

DVW e.V. Association for Geodesy, Geoinformation and Land Management was founded in 1871 – one of the oldest associations in the technical field. This part of our history story presents the first seventyfive years of the development of DVW e.V. Targets on one hand and the political situations on the other defines the possibilities of DVW e.V. There are three different periods our association is dealing with: the German Empire, the Weimar Republic and the Third Reich. The association stands all times for their targets and was successful. The journal ZfV was the successful platform and stands all time during two World Wars too.

Keywords: history of DVW e.V., tasks and development, political classification

1 Die Gründung

Mit dem Sieg der Preußen und seiner deutschen Verbündeten gegen Frankreich entstand 1871 das deutsche Kaiserreich. Es war ein Gebilde aus 25 bisher selbstständigen Staaten, die sich zusammenschlossen und damit zumindest einen Teil ihrer Souveränität aufgaben. Dieser Zusammenschluss rief bei vielen Deutschen ein neues Gefühl von Gemeinsamkeit hervor und eine entsprechende Bereitschaft, neue Wege der Kooperation zu gehen. Man wollte Kleinstaaterei und Egoismen überwinden.

In diesem Umfeld ging von den süddeutschen Geometer-Vereinen unter Führung des württembergischen

Vereins die Initiative aus, sich zusammenzuschließen und einen gesamtdeutschen Verein ins Leben zu rufen. Nach einer ersten Zusammenkunft im März 1871 in Stuttgart kam man überein, möglichst viele Berufsgenossen und interessierte Kollegen zu einem Treffen vom 14. bis 16. Dezember 1871 nach Coburg einzuladen. Auf dieser Versammlung, die insbesondere von Abraham Fecht aus Stuttgart, Prof. Dr. Jordan, Karlsruhe, und Carl Spielberger, München, vorbereitet wurde, konnte der Deutsche Geometer-Verein (D.G.V.) am 16. Dezember 1871 gegründet werden. 16 Personen nahmen an den Gründungsberatungen teil. Vertreter der preußischen Geometer waren nicht anwesend. Der Generalinspektor des preußischen Katasters, Friedrich Gustav Gauß, sah sich gezwungen, die Einladung nach Coburg abzulehnen.

Die erste Satzung des Vereins spiegelt auch den damaligen Zeitgeist wieder. Als Zweck des Vereins wird »die Hebung und Förderung des Vermessungswesens in allen seinen Zweigen und Einzelheiten« genannt. Dieser Zweck soll erreicht werden

- durch die Herausgabe einer Zeitschrift, die den Namen »Zeitschrift für Vermessungswesen« erhielt,
- durch Abhaltung von Versammlungen,
- durch Pflege sozialer Einrichtungen.

Der erste Vorstand bestand aus sieben Personen:

Direktor:	Julius Nagel, Dresden
1. Sekretär:	August Krehan, Weimar
2. Sekretär:	Abraham Fecht, Stuttgart
Kassierer:	Gustav Kerschbaum, Coburg
Schriftleiter:	Carl Spielberger, München
Mitschriftleiter:	Julius Hermann Franke, Gotha, und Otto Koch, Cassel (später Kassel)

Eine besondere Rolle spielte von Anfang an die Zeitschrift. Sie war das zentrale Kommunikationsmittel des Vereins. Hier wurden alle Mitteilungen des Vereins veröffentlicht und ein reger fachlicher Austausch wurde gepflegt. Sollte sich die Zeitschrift mehr an die Praktiker oder die Theoretiker wenden? Diese Diskussion war gleich am Anfang relevant und ist über viele Jahrzehnte immer mal wieder aufgeflammt, jedoch ohne die Qualität der Zeitschrift zu beeinträchtigen.

Beispiele der ersten Jahrgänge sind etwa Fragen nach dem geeigneten Längenmesswerkzeug. Messlatte, 4 Meter oder 5 Meter, Messkette oder Messband. Ebenso die



Bild: Oliver Krebs

Abb. 1:
Gießbrücke
der sog.
Kanonen-
bahn (Berlin-
Metz-Bahn)
bei Küllstedt
(Eichsfeld)
im Bau, Auf-
nahme 1878

Diskussion über die »bessere« Längeneinheit. Ruten oder Meter. Es sind nur kleine Beispiele, die aber deutlich zeigen, was den Alltag der Geometer und Feldmesser bestimmte.

Ein wichtiges Anliegen des Vereins, vielleicht das zentralste in den ersten 50 Jahren seines Bestehens, war aber die »Hebung des Vermessungswesens«. Es ging um Wertschätzung und Anerkennung des Berufs. Damit auch um eine bessere und angemessene Bezahlung. Diese setzt aber auch eine entsprechende Ausbildung voraus. Damit sind zwei Themen benannt, die den Verein intensiv beschäftigten: Ausbildung und Akzeptanz für das Vermessungswesen. Dass diese eher sozialen Anliegen eine wesentliche Bedeutung hatten, zeigt auch die hohe Mitgliederzahl von 730 bereits im ersten Jahr 1872 nach der Gründung.

2 Von der Gründung bis zum Ersten Weltkrieg

Der siebenköpfige Vorstand des Vereins wurde 1885 auf vier Mitglieder reduziert. Es seien hier nur die wichtigsten Namen und Veränderungen erwähnt.

Von 1873 bis 1876 führte Otto Koch den Vorsitz. Ihm folgte Ludwig Winkel bis 1904. Anschließend waren Vorsitzende Peter Ottsen und Hans Lotz. Die ZfV-Schriftleitung nahm Wilhelm Jordan von 1872 bis 1899 verantwortlich wahr. Dabei wurde er von verschiedenen Kollegen tatkräftig unterstützt. Insbesondere Friedrich Robert Helmert und Otto Steppes sind hier zu nennen, wobei Steppes von 1885 bis 1913 sowohl Schriftführer als auch Mitglied der Schriftleitung der ZfV war. Heute kann man wohl sagen, dass die zentralen Persönlichkeiten Jordan, Steppes

und Winkel waren. Zum einen wirkten sie lange in ihren Ämtern, um deutliche Spuren zu hinterlassen, zum anderen waren es aber fachlich und menschlich besondere Persönlichkeiten, die auch außerhalb des Vereins geschätzt und anerkannt wurden. Wenn sich der D. G. V. positiv entwickelt hat (von 730 Mitgliedern im Jahr 1872 zu rund 2700 im Jahr 1913), dann ist das auch das Verdienst dieser drei Männer.

Bereits 1873 auf der Hauptversammlung des D. G. V. in Nürnberg setzte sich Prof. Jordan (seit 1872 Schriftleiter der ZfV) für eine Neuausrichtung der Ausbildung ein. Er forderte eine Schule für Vermessungskunde, deren Besuch aber eine praktische Ausbildung vorzuschalten sei. Ferner regte er an, für Führungskräfte ein Studium von 6 Semestern an einer Hochschule zu verlangen. Dann muss der Staat auch nicht mehr die Leitung größerer Vermessungen oder der Landesvermessung mit Astronomen oder Mathematikern besetzen. Diese Forderungen wurden aufgegriffen und es wurde eine Kommission gewählt, die entsprechende Untersuchungen und Vorschläge für das weitere Vorgehen erarbeiten sollte.

1875 legte die Kommission ihre Vorschläge in Form einer Resolution vor. Diese wurde von der Hauptversammlung einstimmig angenommen und an sämtliche Staatsregierungen Deutschlands übermittelt. Die zentrale Forderung war die Zulassung zur Laufbahn eines staatlich oder öffentlich anzustellenden Geometers an den Nachweis eines bestandenen Abiturientenexamens. Ausnahmen von dieser Forderung sollten ausdrücklich nicht zugelassen werden.

Die Antworten auf diese Resolution, es waren nur wenige, ließen aber keinen unmittelbaren Erfolg erkennen. Man ließ sich aber nicht entmutigen und verfolgte das Ziel intensiv weiter.

Anton Sombart, Mitglied des preußischen Abgeordnetenhauses und Mitglied des D.G.V., brachte 1878 eine Resolution ins preußische Abgeordnetenhaus ein, die von der Regierung Zustimmung erhielt, und forderte, eine höhere wissenschaftliche und technische Ausbildung der Feldmesser sowie eine Organisation des gesamten öffentlichen Vermessungswesens herbeizuführen. Die Regierung erklärte, man wolle dies erwägen.

Man kann an diesen Bemühungen gut erkennen, dass unmittelbare Erfolge nicht zu erwarten waren. Man benötigte Beharrlichkeit und Geduld, um insbesondere berufsständische Fragestellungen weiter voranzubringen.

Ein erster Erfolg zeigt sich dann beim Erscheinen der neuen preußischen Landmesserprüfungsordnung 1882, ergänzt 1885 und 1893. Diese sieht vor, neben der Primareife eine praktische Beschäftigung von einem Jahr bei einem vereidigten preußischen Landmesser und ein mindestens viersemestriges Studium an einer der landwirtschaftlichen Hochschulen in Bonn bzw. Berlin für eine Zulassung zur Landmesserprüfung zu fordern. Gleichzeitig wurde in Preußen die Amtsbezeichnung »Landmesser« eingeführt. In den anderen Bundesstaaten hatte dies noch keine unmittelbaren Auswirkungen. Man war bei allem, was aus Preußen kam, eher zurückhaltend und suchte und ging lieber eigene Wege als Ausdruck auch von Selbstständigkeit.

Ein Schlaglicht auf die preußischen Verhältnisse sei hier geworfen. Die Stellung der Landmesser in der landwirtschaftlichen Verwaltung wurde 1893 durchaus reformiert und sie erhielten jetzt für sich und ihre Gehilfen eigene Diensträume zugewiesen. Man musste etwas anbieten, denn die jungen Landmesser gingen lieber zur Katasterverwaltung als in die landwirtschaftliche Verwaltung. Auch Personalmangel kann ein politisches Motiv für Verbesserungen sein.

In diesen Fragen gab es aber auch Rückschläge. 1907 wurde die Frage der schulischen Vorbildung im Rahmen der Etatberatungen im preußischen Landtag erneut behandelt. Die Forderung nach der Einführung der Mittelschulreife (Primareife) als Vorbedingung des landmesserischen Studiums wurde mit der Begründung abgelehnt, dass durch die Einführung der Reifeprüfung ein nicht zu vertretender Mangel an Landmessern entstehen würde. Man dürfe nicht zu hohe Hürden aufbauen und damit den Zugang zum Beruf unangemessen erschweren.

Nicht weniger aktiv war der Verein auch bei der Behandlung organisatorischer Fragen des Vermessungswesens in den Bundesstaaten. So verfasst Sombart 1879 eine umfangreiche Denkschrift zur Organisation und Reform des preußischen Vermessungswesens. Ausgangspunkt war die starke Zersplitterung der Vermessungsaktivitäten. Nahezu jedes Ressort hatte eine eigene Vermessungseinheit, die oft auch noch sehr klein war und keinen Landmesser, sprich Fachmann, als Vorgesetzten hatten. Eine Straffung und zumindest teilweise Zusammenführung in größere und den Aufgaben angemessene Strukturen war ein wichtiges Ziel. Seine Forderungen deckten sich in weiten Teilen mit den Vorstellungen des D.G.V.

Die Denkschrift ruft eine umfassende Diskussion auch in der Zeitschrift für Vermessungswesen hervor und wird zur Grundlage für viele weitere Aktivitäten des Vereins. Eine unmittelbare Auswirkung in Form einer wesentlichen Veränderung des Vermessungswesens hatten diese Aktivitäten aber zunächst nicht. Es ging in den Verwaltungen nur schrittweise voran. Der Ressortegoismus war doch wieder stärker als der Reformwille.

Neben der Diskussion der Ausbildungsfragen wurde auch immer wieder die »soziale Frage« gestellt. Hier ging es um die Auskömmlichkeit der Bezahlung. Viele Mitglieder – nur allzu verständlich – meldeten sich hier zu Wort. Dies sowohl in Beiträgen der Zeitschrift als auch auf den Hauptversammlungen.

Der D.G.V. hatte keine Probleme mit seinem Engagement bei den Ausbildungsfragen, wohl aber, wenn es um die unmittelbare finanzielle Situation seiner Mitglieder ging. Man vertrat die Auffassung, dies ginge über eine angemessene berufspolitische Vertretung hinaus.

1885 hatte sich auch Jordan noch einmal zu diesen Fragen geäußert. Er weist eindringlich darauf hin, dass die Verfassung von »Zeitungsartikeln« zu der Frage: »Wie ist die Stellung der Geometer zu verbessern?« nicht zum Ziel führen wird. Die notwendige Lösung besteht in einer gründlichen wissenschaftlichen und allgemeinen Bildung. Nur dies kann zum gewünschten Ziel führen. Er wird recht behalten. Es wird aber fast noch 40 Jahre dauern, bis man eine nachhaltige Lösung erreicht haben wird und der »Vermesser« zu einem richtigen Ingenieurberuf wird.

25 Jahre nach Gründung des D.G.V. hatte sich das Erscheinungsbild des Vermessungswesens gründlich verändert. Dies hatte sowohl mit der wirtschaftlichen Entwicklung als auch mit der generellen politischen Entwicklung zu tun. Deutschland wandelte sich von einem Agrarland zum Industrieland. Auch politisch war die »soziale« Frage ein zentrales Thema. Armutsbekämpfung stand dabei im Vordergrund. Die Einführung der Sozialversicherung ist dafür Ausdruck. Die Bevölkerung wuchs stark, die Städte gewannen immer mehr an Bedeutung und hatten entsprechend große Probleme, den nötigen Wohn- und Lebensraum zu schaffen. Eine neue Mittelschicht aus Technikern, Angestellten sowie mittleren Beamten entstand langsam und gewann Einfluss auf das öffentliche Leben. Parteien und Interessengemeinschaften boten für diese neue Mittelschicht ein wichtiges Betätigungsfeld und gewannen zunehmenden Einfluss.

Auf seiner 20. Hauptversammlung aus Anlass des 25-jährigen Bestehens des D.G.V. 1896 wurde durch den Vorsitzenden Winckel auf das Wirken des Vereins zurückgeblickt.

Die Existenzbedingungen vieler Geometer waren äußerst schlecht und die verschiedenen Gruppierungen aus dem Kataster, den Zusammenlegungsbehörden und dem Eisenbahnwesen »waren sich nicht immer grün«. Jede Gruppierung hatte ihre eigene Vorstellung und stellte entsprechende Wünsche und Forderungen an den D.G.V. Im Ziel, ihre berufliche Stellung, ihre Einordnung und

Anerkennung der Tätigkeiten, ihre Bezahlung zu verbessern, war man sich jedoch einig.

Der D.G.V. hat es aber verstanden, derartigen Bestrebungen und daraus zu erwartenden Kontroversen aus dem Wege zu gehen. Er konzentrierte sich – satzungsgemäß – auf seine Kernaufgaben. Dabei standen die Ausbildungsfragen, die sozialen Anliegen und die Herausgabe einer Fachzeitschrift gleichwertig nebeneinander.



Quelle: Geodätisches Institut der TU Karlsruhe (KIT)

Abb. 2:
Wilhelm
Jordan,
Schriftleiter
der ZfV von
1872 bis 1899

Sicherlich hat die Herausgabe der Zeitschrift für Vermessungswesen einen besonderen Platz eingenommen. Dies entsprach aber wohl auch den Wünschen der Mitglieder. Sie war quasi die Quelle für erreichbares Wissen. Jedes Mitglied erhielt die Zeitschrift. So standen ihm sowohl wissenschaftliche Erkenntnisse und praktische Erfahrungen in großer Zahl zur Verfügung. Die Zeitschrift erschien zweimal monatlich, in einigen Jahren auch noch öfter. Darüber hinaus wurde regelmäßig über Ausbildungsfragen und allgemeine Berufsangelegenheiten berichtet. Damit konnte der Verein eine zufriedenstellende Kommunikation mit und zwischen allen Mitgliedern sicherstellen.

Erste Erfolge, die auch dem engagierten Eintreten des D.G.V. zuzuschreiben sind, waren zu verzeichnen. Viele Bundesstaaten haben ihre Ausbildungsanforderungen deutlich gesteigert. In Preußen wurde das Katasterpersonal nahezu verdoppelt, ihre Einkommen wurden angehoben. Die Landmesser der preußischen Landwirtschaftlichen Verwaltung waren festangestellte Staatsbeamte geworden, die nicht mehr, wie zuvor, nach Tagegeldern und Akkordsätzen bezahlt wurden.

Lediglich bei der staatlichen Eisenbahnverwaltung wurden noch keine Verbesserungen hinsichtlich Stellung und Vergütung erreicht. Über die Frage, wie man hier Abhilfe schaffen könne, wurde dann auch noch intensiv diskutiert. Im Ergebnis wurde ein entsprechendes Gesuch mit ausführlicher Begründung an den zuständigen Minister gerichtet. Leider ohne Erfolg. Der Minister teilte dem Verein lediglich mit, er habe das Anliegen zur Kenntnis genom-

men. Das Eisenbahnwesen stellte sich wahrlich als dickes Brett heraus. Es brauchte noch viel Zeit, um diese Situation zu verbessern.

Weiteres Ungemach tat sich 1898 auf. In der Gewerbeordnung des deutschen Reichs wurden die Feldmesser, die nicht im Staatsdienst standen, in einer Gruppe mit Schaffer, Stauer und Schauer geführt. Dies konnte nicht akzeptiert werden. Eine konkrete Aktivität wurde noch nicht ergriffen. Man hielt die Zeit noch nicht reif dafür. Das Thema aber blieb auf der Tagesordnung.

Das Jahr 1899 war überschattet vom unerwarteten Tod des Schriftleiters Prof. Dr. Wilhelm Jordan. Nahezu 27 Jahre hat er in unnachahmlicher Art die Geschicke der Zeitschrift gelenkt. Aber er hatte auch großen Anteil an der Vereinsarbeit in allen Fragen der Ausbildung. Es war eines seiner zentralen Themen. Hier hat er viel bewegt und auf einen guten Weg gebracht. D.G.V. und Jordan war eine besondere Symbiose, für beide Seiten ein Glücksfall.

In den über 25 Jahren seiner Tätigkeit als Schriftleiter verfasste Jordan mehr als 400 Beiträge für die ZfV einschließlich seiner Buchbesprechungen. Er selbst bleibt der Geodäsie in Erinnerung durch sein bis 1899 in vier Auflagen und drei Bänden erschienenen Werk »Handbuch der Vermessungskunde«. In der Nachfolge von Jordan übernahm dann übergangsweise der Schriftführer Obersteuerrat Steppes aus Bayern die zusätzliche Aufgabe der Schriftleitung. Dies aber nur bis zur nächsten Hauptversammlung 1900, auf der dann ein neuer Schriftleiter durch die Mitglieder zu wählen war. Als Nachfolger konnte Prof. Dr. Carl Reinhertz gewonnen werden, der im selben Jahr auch Jordan auf seinen Lehrstuhl in Hannover folgte und auch die weitere Bearbeitung des Jordan'schen Handbuchs übernahm.

Die im D.G.V. und seinen Zweigvereinen häufig und entsprechend kontrovers diskutierte Frage, wie viele praktische Beiträge und wieviel theoretische Beiträge in der Zeitschrift erscheinen sollten, wurde auf der Hauptversammlung 1900 dann zumindest für einige Jahre beantwortet: Beide Redaktionsteile stehen gleichberechtigt nebeneinander und ergänzen sich.

Der D.G.V. hat sich weiterhin mit der Frage der Ausbildung und den Zulassungsbedingungen für unseren Beruf beschäftigt, Stellung bezogen zu Entwürfen von Landmesserordnungen und entsprechende Vorschläge erarbeitet. Durchschlagende Erfolge sind aber nicht eingetreten. Vielmehr waren es kleine Schritte, die in die Zukunft führten. Eine Gebührenordnung für selbstständige vereidete Landmesser wurde dem Verband der deutschen Architekten- und Ingenieurvereine zugeleitet mit der Bitte, sie in dessen Gebührenordnung aufzunehmen. Mit der Aufnahme in diese übergreifende Gebührenordnung war man dem Ziel, einen anerkannten Ingenieurberuf zu vertreten, auch ein kleines bisschen näher gekommen.

Etwas zerstritten in der Ausbildungsfrage, insbesondere ob das Abitur oder die Primareife zwingende Voraussetzung für das Studium (vier- oder sechssemestrig) sein

soll, gründete sich 1903 der »Verein der Vermessungsbeamten der Preußischen Landwirtschaftlichen Verwaltung«. Man glaubte so schlagkräftiger gegenüber den Ministerien auftreten zu können. Die Klammer zur gemeinsamen geodätischen Familie wurde aber erhalten. D. G. V. Kassierer Oberlandmesser Hüser wurde als Beisitzer in den neuen Verein gewählt. Er erreichte, dass dieser Verein auch gleich als Zweigverein dem D. G. V. beitrug. Damit war zukünftiges gemeinsames Handeln sichergestellt.

In der Folgezeit bildeten sich noch weitere kleinere Fachvereine: 1906 ein »Verein der Eisenbahnlandmesser« und der »Verein der Landmesser der allgemeinen Bauverwaltung«. Aber auch diese Gruppierungen, später ebenfalls Zweigvereine, beriefen sich in den generellen Fragen stets auf den D. G. V. und nutzten auch die ZfV für ihre Anliegen.

Die teilweise heftig geführten Diskussionen zur Ausbildungsfrage in Preußen hat letztlich zu keinem Ergebnis geführt. Dagegen gab es Fortschritte in anderen Ländern. In Sachsen, in Mecklenburg-Schwerin und in Bayern wurden bis 1906 für die Ausbildung zum Geometer das Abitur, ein sechssemestriges Studium und drei Jahre Vorbereitungsdienst obligatorisch. Ein Erfolg langjähriger Vereinstätigkeit.

Ein zunehmend wichtiger werdender Zweig des Vermessungswesens bildete sich in den Kommunen heraus. Die industrielle und wirtschaftliche Entwicklung bis zum Ersten Weltkrieg stellte die Städte vor große Herausforderungen. Für die ständig wachsenden Städte benötigte man erweiterte Infrastrukturen und insbesondere Bauland. Entsprechende geodätische Grundlagen einschließlich wenigstens stadtweit einheitlicher Kartenwerke standen oft nur unzureichend zur Verfügung. Kommunale Vermessungstätigkeiten gewannen daher eine zunehmende Bedeutung. Dies spiegelt sich dann auch in den vielen Beiträgen in der ZfV. Hier sind viele ingenieurgeodätische Aufgaben von den Praktikern und Wissenschaftlern behandelt worden.

Ein besonderer Punkt war die Mitwirkung der Landmesser bei der Herstellung der Bebauungspläne und bei der Neuordnung von bebaubaren Grundstücken. Bereits 1893 hat Franz Adickes in der ZfV seinen Entwurf eines Gesetzes zur Umlegung vorgestellt. Doch erst 1902 wurde ein dritter Entwurf dieses »Gesetzes betreffend die Umlegung von Grundstücken in Frankfurt am Main« vom Preußischen Abgeordnetenhaus beschlossen und eingeführt.

Im Jahr 1904 verstarb der Vorsitzende des D. G. V. Ludwig Winckel im Alter von 66 Jahren. Er hat den D. G. V. – heute wohl nicht mehr vorstellbar – 27 Jahre geführt. Dies war keine leichte Aufgabe in einer Zeit, in der die Landmesser noch heftig um mehr Akzeptanz und Wahrnehmung kämpften.

Ludwig Winckel war Eisenbahn-Landmesser in Köln, später Vermessungsdirektor in Altenburg/Thüringen. Er hatte wohl die Begabung mit Ruhe und Ausgeglichenheit, Klugheit und viel Einfühlungsvermögen einen nicht immer einfachen Verein zu führen. Er hatte aber auch Weg-

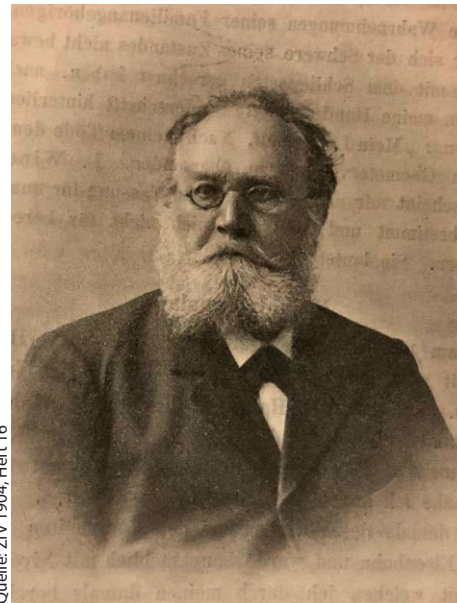


Abb. 3:
Ludwig
Winckel,
Vorsitzender
des D. G. V.
von 1876 bis
1904

Quelle: ZfV 1904, Heft 16

geführten wie Jordan und Steppes im Vorstand, die sich in der Rückschau sehr gut verstanden und ergänzten. Ein Glücksfall für unseren jungen Verein.

In den Vorstandswahlen dieser Hauptversammlung 1904 wurden Steppes als Schriftführer, Hüser als Kassierer und Reinhertz als Schriftleiter bestätigt. Neuer Vorsitzender wurde Städtischer Vermessungsinspektor Peter Ottsen aus Berlin.

Das Bedürfnis der Vereinsmitglieder nach einem intensiven Fachaustausch in der ZfV war ein häufiger Diskussionsgrund auf den Mitgliederversammlungen. Vom Jahrgang 1905 an erschien die ZfV dreimal im Monat. Entsprechend stieg auch der Umfang der Zeitschrift, der 1905 fast 1000 Seiten erreichte.

Dieser Umfang konnte nahezu bis 1913 gehalten werden. Ein Argument für mehr Raum in der Zeitschrift war auch immer wieder der Wunsch nach mehr Beiträgen aus der Praxis. Diese wurden aber nicht immer in der notwendigen Zahl an die Schriftleitung herangetragen. Wenn es denn ein Dilemma war, so löste es sich doch immer wieder auf und konnte Qualität und Ansehen der ZfV nichts anhaben. Die Auflage der Zeitschrift erreichte jetzt 3000 Exemplare.

Dies ist umso bemerkenswerter, weil in jenen Jahren bis zu 27 Zweigvereine existierten, die zwar im D. G. V. Mitglied waren, nicht aber immer deren Mitglieder. Diese mussten persönlich dem D. G. V. beitreten. Eine Doppelmitgliedschaft wollte man zwar häufiger erreichen, gelungen ist es nicht. Viele Zweigvereine gaben auch noch eigene Zeitschriften heraus. In der Blüte der Zweigvereine waren es bis zu zwölf Fachzeitschriften. Der D. G. V. hat sich immer wieder bemüht, hier mehr Einheitlichkeit und Übereinstimmung zu erreichen. Es war nicht möglich. So blieb es denn oft bei einer nahezu friedlichen Koexistenz.

1906 verstarb völlig überraschend der ZfV-Schriftleiter Prof. Dr. Reinhertz im Alter von nur 47 Jahren.

Wie nach dem Tod von Jordan übernahm zunächst Steppes kommissarisch die Gesamtschriftleitung. Doch

schon 1907 wurde eine Nachfolgeregelung gefunden. Mit Zustimmung der Vorsitzenden der Zweigvereine konnte Prof. Dr. Otto Eggert aus Danzig für die Funktion des Schriftleiters der ZfV gewonnen werden.

Der D.G.V. brachte sich auch in den Folgejahren aktiv in die politischen Bestrebungen zur Neugestaltung des amtlichen Vermessungswesens ein. Seinen Gesamtausdruck fand dies in der von Steppes verfassten »Denkschrift über die Ausgestaltung des preußischen Vermessungswesens«. Die darin niedergelegten Gedanken zeigen noch einmal deutlich die Haltung des Vereins zu den Ausbildungsvoraussetzungen. Ebenso wird die Herstellung einer Grundkarte, die möglichst vielen Zwecken dienen soll, vorgeschlagen. Die Schaffung von Kataster- und Vermessungsämtern ist eine weitere Empfehlung des Verbandes. Auch diese Arbeit zeitigt keinen unmittelbaren Erfolg, wird aber in den weiteren Jahren sehr hilfreich bei den politischen Diskussionen sein.

Die letzte Hauptversammlung vor dem Ersten Weltkrieg fand 1912 in Straßburg statt. Kurz zuvor war der Vorsitzende Ottsen nach längerer Krankheit verstorben. An dieser Mitgliederversammlung nahmen 20 Zweigvereine teil. Darunter war auch der neu gegründete »Landesverband preußischer Landmesservereine«. Diesem hatten sich alle preußischen Fachvereine mit nahezu 400 Mitgliedern angeschlossen. Als Vorsitzender war Katasterinspektor Hans Lotz gewählt worden. Er vertrat diesen Verband in der damaligen Mitgliederversammlung. Lotz wurde in der Versammlung auch zum Vorsitzenden des D.G.V. vorgeschlagen und gewählt. Damit war sichergestellt, dass die beiden Vereine zusammenarbeiten wollten und nicht etwa eine neue Front entstand.

Im Jahr seines 70. Geburtstags verstarb 1913 der Schriftführer und zeitweilige Schriftleiter des D.G.V. 1876 hatte Steppes das Amt des 2. Schriftführers übernommen und in den 37 Jahren seiner Tätigkeit im Verein an allen Entscheidungen mitgewirkt. Er hat unzählige Veröffentlichungen in der ZfV verantwortet und sich aktiv bei den Kollegen dafür eingesetzt, dass auch sie bitte Beiträge aus der Praxis verfassen. Heute würde man wohl sagen, Steppes war ein begnadeter Netzwerker und hat damit dem D.G.V. zu seiner Anerkennung und Bedeutung in jeder Hinsicht verholfen.

Will man die Geschichte des D.G.V. bis zum Ersten Weltkrieg an Personen festmachen, dann waren dies Winckel, Jordan und Steppes. Drei herausragende Persönlichkeiten, die jede auf ihre eigene Weise die Entwicklung des D.G.V. beeinflusst und gestaltet haben. Der Verein wäre ohne diese drei nicht das, was er geworden ist. Sie waren ein Glücksfall. Dies schmälert keinesfalls die Verdienste der kommenden Personen. Sie hatten ein Fundament, auf dem sie aufbauten und das Werk weiterentwickelten.

3 Vom Ersten Weltkrieg bis 1933

Nach der Hauptversammlung im Jahr 1912 konnte keine weitere Hauptversammlung stattfinden. Die für Hamburg geplante Veranstaltung musste wegen Kriegsbeginns abgesagt werden und während der Kriegsjahre waren solche Veranstaltungen nicht möglich. Es gelang aber, auch in dieser Zeit die ZfV weiter herauszugeben, wenn auch in einem etwas verringertem Umfang. Der Kassierer Hüser, schon 69 Jahre alt, und Schriftleiter Eggert, der in Danzig bleiben konnte, hielten den Verein sozusagen am Leben. Dabei stand ihnen nur die ZfV zur Verfügung, die dann mit zwölf Monatsheften erscheinen konnte.

Noch 1918, nach dem Zusammenbruch des Deutschen Kaiserreiches, unternahm Steuerrat Lotz im Namen des D.G.V. und des Landesverbandes preußischer Landmesservereine einen Anlauf zur Wiederbelebung der Berufsvereinigungen. In seinem Aufruf sich neu zu organisieren und dies mit mehr Gemeinsamkeit als bisher zu tun, schlug er vor, einen alle Berufsgruppen umfassenden Verein zu begründen. Für diesen Vorschlag erhielt Lotz grundsätzlich Zustimmung, wenngleich man in Einzelfragen noch Nachbesserungsbedarf sah.

Der erste Satzungsentwurf wurde 1919 auf einer gemeinsamen Versammlung erörtert, konnte nach einer ersten Überarbeitung auch beschlossen werden. An dieser Veranstaltung nahmen 25 Vereine teil, die rund 4600 Mitglieder repräsentierten. Der neue Verein ging aus dem Deutschen Geometer-Verein hervor und sollte den Namen Deutscher Verein für Vermessungswesen (D.V.V.) erhalten. Dieser Vorschlag fand die allgemeine Zustimmung der Versammlung. Ebenso der Vorschlag für den gesamten D.V.V. nur noch eine Zeitschrift herauszugeben, und zwar die Zeitschrift für Vermessungswesen. In den nächsten zwei Jahren hat der Verein dann erste Erfahrungen mit der neuen Satzung gesammelt und eine Überarbeitung erstellt, die auf der Mitgliederversammlung 1921 in Stuttgart zur Abstimmung gestellt wurde.

Wesentliche Änderungen ergaben sich in der inneren Struktur des Vereins. Der Verein gliederte sich in Landesvereine, die nach Bedarf weitere Untergruppen als Gauvereine oder Fachgruppen bilden konnten. Der Verein wurde von einem Geschäftsführenden Ausschuss (G.A.) geleitet. Er hat eine Geschäftsstelle mit einem angestellten Geschäftsleiter. Der engere G.A. bestand aus dem Vorsitzenden, einem Stellvertreter, den ZfV-Schriftleitern und dem Geschäftsleiter. Sie alle waren von der Mitgliederversammlung zu wählen.

Auf dieser Mitgliederversammlung in Stuttgart 1921, 50 Jahre nach Gründung des D.G.V., wurden als Mitglieder des engeren Vorstandes Lotz als Vorsitzender, Dengel als Stellvertreter und Kassenwart, Eggert und Borgstätt als Schriftleiter sowie Mauve als Geschäftsleiter gewählt.

Der Zweck des Vereins erhielt eine Ergänzung um die »Vertretung der sozialen und wirtschaftlichen Belange aller Berufsangehörigen«. Diese Ergänzung war mit ein Grund, eine eigene Geschäftsstelle des Vereins einzurichten.

Sie war auch den damaligen wirtschaftlichen und politischen Verhältnissen nach dem verlorenen Krieg geschuldet. Wer in den Auseinandersetzungen um wirtschaftliche Anerkennung und soziale Absicherung seine Stellung halten und ausbauen wollte, brauchte auch eine entsprechende Struktur. Zudem war dieser neue D.V.W. auf über 4000 Mitglieder angewachsen.

Mit dieser Satzung wurde der Verein als Deutscher Verein für Vermessungswesen e.V. 1922 in das Vereinsregister eingetragen. Um Verwechslungen mit dem Deutschen Volkswirtschaftlichen Verband zu vermeiden, wurde ab 1. April 1922 die Kurzform D.V.W. eingeführt.

Die zwanziger Jahre waren nicht nur für den Verein ein Neuanfang, auch die Rahmenbedingungen waren nach dem Krieg völlig andere. Politisch eine Demokratie, wirtschaftlich durch eine starke Inflation gekennzeichnet, musste man seine eigene Position und seine Möglichkeiten erst neu finden.

Als Folge des verlorenen Krieges war die militärische Preußische Landesaufnahme in eine zivile Behörde umgewandelt worden. Mit diesem Schritt hoffte man, im neuen Deutschen Reich ein einheitliches und starkes staatliches Vermessungswesen implementieren zu können. Der D.V.W. engagierte sich, insbesondere in der Person seines Vorsitzenden Lotz, mit großem persönlichem Einsatz. In den Jahren 1919 bis 1921 fanden viele Diskussionen und Besprechungen statt, die Wege suchten, ein einheitliches Vermessungswesen zu entwickeln. Über die inhaltlichen Fragen wie einheitliches Referenzellipsoid, einheitliches Höhensystem und Koordinatensystem war man sich einig. Die Frage nach der notwendigen staatlichen Struktur konnte nicht wie gewünscht gelöst werden. Im Ergebnis kam es dann zur Bildung einer Referatsgruppe im Reichsministerium für Inneres und eines Beirats als begutachtendes Organ. Damit blieb das Vermessungswesen Landessache. Eine Grundhaltung, die bis heute besteht.

Der Beirat für das Vermessungswesen wurde durch Erlass des Reichspräsidenten im Juli 1921 gegründet. Er hatte 46 Mitglieder, die für fünf Jahre bestellt wurden. Der D.V.W. entsandte Lotz und Frick als Vertreter der Berufsangehörigen des höheren Vermessungsdienstes in den Beirat. Hiermit war die Möglichkeit gegeben, offiziell an der Vereinheitlichung des deutschen Vermessungswesens mitzuwirken. Sie waren berechtigt, eigene Anträge zu stellen und ihre Belange im Beirat zur Diskussion zu bringen. Der Beirat bildete fünf ständige Ausschüsse mit jeweils fachlichen Schwerpunkten. Im Ausschuss für allgemeine Organisations-, Ausbildungs- und Standesfragen vertrat der Vorsitzende Lotz den D.V.W. im Ausschuss für Landmessung und Abmarkungswesen war dies Frick aus Stuttgart.

In einem seiner Hauptanliegen, der einheitlichen Vor- und Ausbildung für den Vermessungsdienst, konnte der D.V.W. schon bald einen Erfolg verzeichnen. Der preußische Finanzminister erließ durch Erlass 1923 neue Vorschriften über die Prüfung und Ausbildung der Landmesser. Es wurde jetzt, wie lange gefordert, das Abitur als

Voraussetzung zum Studium und zur Prüfung verbindlich eingeführt. Mit dieser Lösung für Preußen war nun auch der Weg frei, dies in den anderen Ländern nachzuvollziehen. Entsprechende Schritte folgten dann auch in den folgenden Jahren. Ein großes Ziel des D.V.W. war damit vielleicht noch nicht abschließend erreicht aber auf der Zielgeraden.

Um dem weiteren Zweck des D.V.W., die sozialen und wirtschaftlichen Belange aller Berufsangehörigen zu vertreten, gerecht zu werden, entschloss man sich, einer Großorganisation beizutreten. In diesem nicht einfachen Umfeld gewerkschaftlicher Aktivitäten war der Vorsitzende recht gut vernetzt und hatte so einen persönlichen Eindruck über die Stellung der einzelnen Verbände. Letztlich wurde der D.V.W. Mitglied im Reichsbund höherer Beamter (R.h.B.). Innerhalb dieser Vereinigung wurde der D.V.W. Teil des »Reichsbund der höheren technischen Beamten«. Hier erhielt er einen Vorstandssitz und zwei Sitze im erweiterten Vorstand. Diese Gruppierung hatte über 10.000 Mitglieder. Davon waren 3800 Mitglieder im D.V.W. Im Reichsbund der höheren technischen Beamten strebte man eine Gleichstellung mit den Verwaltungsbeamten an.

Es ist schwer, unmittelbare Erfolge für den Berufsstand aus dieser Zugehörigkeit zu erkennen. Es war aber wichtig, um die gegenseitigen Wünsche und Forderungen zu wissen. So konnten auf den verschiedenen Kanälen die Interessen verfolgt werden. Der D.V.W. tat dies unter anderem im Beirat für Vermessungswesen. Schließlich war dieser auch in Besoldungsfragen aktiv und beriet entsprechend das Fachministerium. Andere Partner nutzten ihre Beziehungen zu Landtagsabgeordneten und den ministeriellen Dienststellen. Letztlich war dies Imagewerbung und ein Weg, sich nach außen deutlich zu positionieren. Im Ergebnis wurde man gehört und bei relevanten Fragen beteiligt. Eine Aufgabe für jeden Berufsstand auch heute noch.

Auch während dieser Zeit, die den D.V.W.-Vorstand mit vielen nicht gerade wissenschaftlichen oder technischen Fragen beschäftigte, darüber hinaus einen sehr starken Zeitaufwand der einzelnen Personen bedeutete, war das Rückgrat des Vereins seine Zeitschrift. Sie erschien regelmäßig und konnte, zwar manchmal im Umfang etwas reduziert, auch in der inflationären Zeit finanziert werden. Sie bot weiterhin die Plattform zum Austausch in Vereinsangelegenheiten und zur Veröffentlichung wissenschaftlicher und praktischer Beiträge.

In den zwanziger Jahren haben sich die Aufgaben der kommunalen Vermessungsstellen kontinuierlich ausgeweitet. Dies wurde neben dem tradierten Arbeitsbereichen Kataster, Flurbereinigung und Eisenbahnvermessung damit zunehmend ein eigener Fachbereich. Er fand auch seine Heimat in der ZfV, die viele Beiträge der Kollegen veröffentlichte. Für die Beratung des Entwurfs eines Städtebaugesetzes hat ein Ausschuss des D.V.W. 1925 einen umfassenden Bericht erstellt und entsprechende Vorschläge zur Neufassung formuliert. Diese wurden dann auch in weiten Teilen in das Gesetz übernommen. In mehreren

Beiträgen hat die ZfV das dokumentiert. Das engere Vereinsleben fand zwar in den Gauen und Landesvereinen statt, aber auch da war die ZfV eine Plattform, die zu vielen regionalen Beiträgen führte.

Die Mitgliederversammlung in Darmstadt 1929 machte mehrere personelle Veränderungen erforderlich. Der Vorsitzende Lotz stand aus gesundheitlichen Gründen nicht für eine Wiederwahl zur Verfügung. Auch der stellvertretende Vorsitzende Dr. Klempau kandidierte nicht erneut. Ferner schied der Geschäftsleiter Mauve aus. Neu gewählt wurden zum Vorsitzenden Oberregierungs- und Steuerrat Kracke, Berlin, zum stellvertretenden Vorsitzenden und Kassenwart Liegenschaftsdirektor Rom, Köln, und zum Geschäftsleiter Vermessungsrat Böttcher, Frankenberg/Eder.

Die folgenden Jahre bis 1933 waren aus der inneren Sicht des Vereins eher nicht spektakulär. Seine Mitwirkung im Beirat für das Vermessungswesen war allerdings stets erforderlich. Viele Vorschläge zu einer Neuorganisation des Vermessungswesens wurden als Anträge in den Beirat eingebracht. Auf seiner letzten Sitzung 1932 stand die Frage der Eingliederung freier vereidigter Landmesser in das behördliche Vermessungswesen auf der Tagesordnung. In seiner Beschlussfassung stimmte der Beirat mit knapper Mehrheit für eine Eingliederung in das amtliche Vermessungswesen. Auswirkungen erzielte dieser Beschluss aber nicht mehr.

Die Jahre ab 1929 waren überschattet von der zunehmenden Weltwirtschaftskrise und den damit einhergehenden Unruhen. Die Beamtengehälter wurden gekürzt, Neueinstellungen waren nur wenige zu verzeichnen und fertig ausgebildeter Nachwuchs fand keine Arbeitsplätze mehr. In den Studiengängen wurde zumindest teilweise ein Numerus Clausus eingeführt. Unter diesen Rahmenbedingungen konnte man kaum mit wesentlichen Neuerungen in der Organisation des Vermessungswesens rechnen, noch konnte die berechtigte Forderung nach mehr Haushaltsmitteln, um wenigstens den erreichten Stand bei Erneuerung der Vermessungswerke zu sichern, Erfolg haben.

4 Von 1933 bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs 1945

Der engere Geschäftsführende Ausschuss tagte im April 1933. Er besprach dabei auch den Rücktritt des stellvertretenden Vorsitzenden Rom und terminierte die nächste Hauptversammlung für den August 1933 in Dortmund. Es kam aber anders.

Bedingt durch das Gleichschaltungsgesetz wurde schon im Mai eine Mitgliederversammlung nach Berlin für den 28. Mai einberufen. Die Tagesordnung war kurz:

- Auflösung des Deutschen Vereins für Vermessungswesen,
- Überleitung der Mitglieder in den »Reichsstand des Vermessungswesens«,
- Übertragung des Vereinsvermögens in den Reichsstand.

Dieser Reichsstand war auch im Mai erst gebildet worden mit dem Ziel, das Vermessungswesen und den Vermessungsberuf einheitlich und neu zu gestalten. Er sollte einer obersten Reichsbehörde unterstellt werden.

Unter diesen Voraussetzungen wurde die Tagesordnung bei Anwesenheit von über 200 Mitgliedern in nur 90 Minuten behandelt. Im Ergebnis wurde beschlossen, den Verein aus Zweckmäßigkeitsgründen nicht kurzfristig, sondern erst zum Ende des Jahres aufzulösen. Die Geldmittel waren dem Reichsstand zu übergeben, ebenso die Geschäftsstelle samt Personal und Einrichtung einschließlich der Bibliothek. Die vorgesehene Hauptversammlung in Dortmund konnte nicht mehr stattfinden. Es gab aber noch intensive Gespräche und Verhandlungen der Vorsitzenden des Reichsbunds der höheren Beamten und des Reichsbunds der höheren technischen Beamten, in denen der D.V.W. vertreten war. Beide galten als Großorganisationen, deren neue Stellung und Aufgaben noch nicht abschließend definiert waren. Wegen dieser hier noch unklaren Situation war die Auflösung dieser Großorganisationen zunächst noch untersagt. So konnte der D.V.W.-Vorsitzende Kracke im Dezember 1933 mitteilen, eine Auflösung des D.V.W. und seiner Gliedvereine könne erst nach Abschluss der Verhandlungen mit den Großorganisationen erfolgen.



Abb. 4:
Martin
Dohrmann,
Vorsitzender
des DVW ab
1934

Am 18. März 1934 fand die nächste Mitgliederversammlung in Berlin statt. Hauptgrund war die Neuwahl des Vorsitzenden und seines Stellvertreters, die beide ihr Amt niederlegen mussten. Es wurde ein Wahlausschuss von fünf Parteigenossen gebildet, der die Wahlen vorbereiten sollte. Im Ergebnis beschloss die Mitgliederversammlung:

Dr. Martin Dohrmann wurde Vorsitzender, der D.V.W. wird bis zum 31. März 1936 aufgelöst, der genaue Zeitpunkt wird dem Vorsitzenden überlassen. Der D.V.W. stellt sich hinter die Führung des Reichsbunds für Vermessungswesen und stellt diesem auch seine Mittel und Einrichtungen zur Verfügung. Der Reichsstand für Vermessungswesen war inzwischen aufgelöst worden.



Abb. 5:
1. Groß-
deutsche
Reichstagung,
Wien 1939

Im weiteren Verlauf entwickelte sich dann ein etwas anderes Modell für den D.V.W. Die fachlichen und fachwissenschaftlichen Aufgaben seien Sache des D.V.W. als Berufsorganisation. Diese von Dohrmann vertretene Auffassung führte dann zur Aufhebung des Auflösungsbeschlusses für den D.V.W. Dagegen löste sich der Reichsbund des Vermessungswesens selbst auf. Der D.V.W. blieb bestehen. Der Einfluss der NSDAP war damit aber nicht beeinträchtigt. Auch der D.V.W. musste sich dem Führerprinzip unterordnen und entsprechend aufstellen. Dies manifestierte sich dann 1935 in einer entsprechenden Satzung.

1935 wurde auf der Mitgliederversammlung des D.V.W. eine neue Satzung beschlossen. Die bisherigen Gliedvereine wurden aufgelöst, die Mitglieder waren damit direkt Einzelmitglieder beim D.V.W. Als regionale Organisationen wurden nicht selbstständige Gauvereine gebildet. Der Geschäftsführende Ausschuss wurde durch einen Beirat ersetzt. Die Mitglieder des Beirats sind durch den Vorsitzenden zu bestellen. Ferner wurde entschieden, dass der Verein der »Reichsgemeinschaft der technisch-wissenschaftlichen Arbeit« beitrifft. In dieser Mitgliederversammlung wurde Dohrmann als Vorsitzender bestätigt. Da Dr. Borgstätte als Schriftleiter aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr zur Verfügung stand, wurde als weiterer Schriftleiter Katasterdirektor Dr. Walter Großmann gewonnen. Die »Neue Satzung« ersetzte nicht die Satzung von 1921, sie wurde nur als Ergänzung verstanden und so auch ins Vereinsregister übernommen. Will man es etwas einfacher ausdrücken, sorgte diese Ergänzung dafür, dass man sich wissenschaftlich zu positio-

nieren hatte und im Übrigen der Vorsitzende alleine zu bestimmen hatte und gegenüber der Partei die Verantwortung trug.

Da der D.V.W. sich nur noch auf die fachlichen und fachwissenschaftlichen Belange zu konzentrieren hatte, trat er 1935 auch in die »Reichsgemeinschaft der technisch-wissenschaftlichen Arbeit (R. T. A.)« ein. Der D.V.W. wurde in die Gruppe Bauwesen eingegliedert.

Einen größeren Einfluss auf die weitere Arbeit des D.V.W. hatte auch der Umstand, dass es eine starke Verbindung zwischen den Funktionsträgern des Vereins und dem behördlichen Vermessungswesen gab. Zur Umsetzung des Gesetzes über die Neuordnung des Vermessungswesens vom Juli 1934 wurde im Reichsministerium des Inneren eine Referatsgruppe gebildet. Ihr gehörten sowohl der D.V.W.-Vorsitzende Dohrmann, sein Stellvertreter Speidel und der ZfV-Schriftleiter Dr. Großmann an. Diese personelle Situation hat in den folgenden Jahren dazu beigetragen, den D.V.W. in seinem Bestand sichern zu können.

Das Vermessungswesen gewann in den Jahren 1934 bis 1939 im staatlichen Bereich erheblich an Bedeutung. Erwähnt sei das Reichsamt für Landesaufnahme als ein Baustein auf dem Weg zu einem einheitlichen Reichsvermessungswesen, die Entwicklung des Reichskatasters und einheitliche Reichskartenwerke. Wenn man es bewerten will, wurden die Grundlagen bereits durch den Beirat für das Vermessungswesen gelegt. Eine unmittelbare Beteiligung des D.V.W. erfolgte im Rahmen der vielfältigen Maßnahmen nicht mehr. Vielmehr ergab sich die Zusammenarbeit durch die Personalsituation in der zuständigen Referatsgruppe des Ministeriums. Wenn auch nicht

der Verein unmittelbar zu beteiligen war, so nutzte man intensiv die ZfV als Plattform, die Veränderungen und Anpassungen zu publizieren. Diese Gelegenheit wurde entsprechend auch vom Leiter der Gruppe Albert Pfitzer genutzt. Die ZfV war wieder einmal der Garant dafür, dass alle Mitglieder umfassend über die staatlichen Aktivitäten informiert waren.

Mit der Verordnung über die Ausbildung und Prüfung für den höheren vermessungstechnischen Verwaltungsdienst von 1937 wurde letztlich eine alte Forderung des D.V.W. erfüllt. Eine späte, aber gute Ernte der Aktivitäten von Winkel, Jordan und Lotz. Mit dieser Verordnung wurden zehn verschiedene Regelungen im Reich abgeschafft und durch eine einheitliche Regelung ersetzt. Erste und zweite Staatsprüfung wurden einheitlich eingeführt. Auch die Besoldung der Beamten wurde entsprechend reformiert und letztlich gemäß den oft erhobenen Forderungen des D.V.W. folgend eingeführt. War der D.V.W. als Verein auch etwas in den Hintergrund geraten, seine satzungsgemäßen Ziele wurden durchaus erreicht.

Nach 1935 fand noch eine Fachtagung 1937 in München statt. Sie war von wissenschaftlichen und fachlichen Vorträgen geprägt. Besondere Vereinsbeschlüsse standen nicht auf der Tagesordnung.

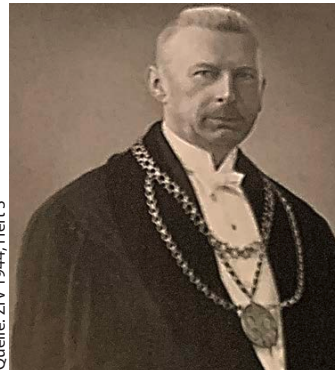
Die letzte große Fachtagung des D.V.W. fand 1939 als »1. Großdeutsche Reichstagung« in Wien statt. Neben der Festveranstaltung wurden auch eine Beiratstagung und eine allgemeine Mitgliederversammlung abgehalten. Größere Beschlüsse oder personelle Veränderungen wurden nicht gefasst. Auf dieser Reichstagung erhielt Albert Pfitzer, Leiter der Referatsgruppe Vermessung im Innenministerium, für seine Verdienste um die Neuordnung des deutschen Vermessungswesens die goldene F.R. Helmert-Denkmünze.

Nach dem Beginn des Zweiten Weltkrieges wurden keine zentralen Veranstaltungen des D.V.W. mehr durchgeführt. Das Vereinsleben konzentrierte sich jetzt mehr auf die Gaugruppen, die noch aktiv sein konnten. Da der Vorsitzende zur Wehrmacht einberufen war, nahm sein Stellvertreter Speidel die Vereinsgeschäfte wahr. Das Vereinsleben war in den Kriegsjahren aber eher eingeschränkt und beruhte meist auf dem Engagement einzelner Mitglieder.

Die Zeitschrift für Vermessungswesen erschien bis Ende 1944 regelmäßig, konnte aber kriegsbedingt ab 1942 nur noch monatlich einmal erscheinen. 1943 wurde sie mit den Zeitschriften Allgemeine Vermessungsnachrichten (AVN),

Bildmessung und Luftbildwesen (BuL) sowie mit der Zeitschrift »Photogrammetria« vereinigt. Hauptschriftleiter blieb Prof. Dr. Eggert, stellvertretender Schriftleiter war Kurd Slawik. Nach dem Tod von Prof. Dr. Eggert im Januar 1944 übernahm Prof. Dr. Großmann die Funktion des Hauptschriftleiters. Mit dem letzten Heft des Jahrgangs 1944 (Heft 11/12) stellte die ZfV ihr Erscheinen ein.

Abb. 6: Otto Eggert, Schriftleiter der ZfV von 1907 bis 1944



Quelle: ZfV 1944, Heft 3

Wenn auch damit das Vereinsleben zum Erliegen kam, der D.V.W. hörte damit nicht auf zu existieren. Er blieb als eingetragener Verein bestehen. Die Keimzelle für einen Neuanfang war vorhanden.

Quellen

Zeitschrift für Vermessungswesen, Jahrgänge 1872 bis 1944
Sonderheft 23, 1985, der Zeitschrift für Vermessungswesen

Kontakt

Hagen Graeff
hagen.graeff@dvw.de

Dieser Beitrag ist auch digital verfügbar unter www.geodaesie.info.